

Landstreitkräfte und Gesellschaft in den USA, 1775-1865.

1. Die zweite militärische Revolution und ihre Folgen im 19. Jahrhundert.

Wenn von den Militärsystemen der westlichen Welt im 19. Jahrhundert die Rede ist, gerade auch in Bezug auf das Problem der Nationsbildung, so scheinen die USA, neben der Schweiz, im Vergleich zu den meisten europäischen Staaten so etwas wie ein Alternativmodell hervorgebracht zu haben. Stützte sich in Kontinentaleuropa der starke Staat auf mächtige stehende Heere, um den Prozeß der Nationsbildung gleichsam militärisch unter Kontrolle zu behalten, so war dies in den USA erkennbar nicht der Fall. Bis in die 1870er Jahre hinein war die Entwicklung in Europa durch das Nebeneinander von Berufsarmeen, Wehrpflichtigenarmeen und deren Mischformen gekennzeichnet. Mit Ausnahme des britischen Heeres war all diesen Armeen gemeinsam, daß es sich hierbei um Machtinstrumente autoritärer Regimes nicht nur nach außen sondern notfalls auch nach innen handelte. Gesellschaftliche Kontrolle über dieses Machtinstrument existierte, wenn überhaupt, nur in eng begrenztem Maße. Dort wo im Zuge der Wehrpflicht staatsbürgerliche Partizipation an der Landesverteidigung gefragt war, fand dies auf dem Gebiet der Politik und der Verfassungsstrukturen nur sehr allmählich und unter schweren inneren Konflikten eine beschränkte Entsprechung. Der preußische Verfassungskonflikt und seine Folgen lieferten hier ein markantes Beispiel. Ja, die von oben gelenkte Militarisierung der Gesellschaft wurde geradezu als komplementäres Element zur Wehrpflicht benutzt, um auf dem Wege einer Art von sekundärer Integration die mit dem Prozeß der Nationsbildung und der Volksbewaffnung verbundenen Partizipationstendenzen in Schach zu halten.

Im Vergleich dazu scheint die Entwicklung in den USA eine gänzlich andere Richtung eingeschlagen zu haben. Oberflächlich betrachtet entsteht sogar der Eindruck, als habe hier ein leuchtender Gegenentwurf zu den finsternen militaristischen Tendenzen in Europa existiert. In einer sich relativ frühzeitig demokratisierenden Gesellschaft wurde nicht nur von vornherein die Vorherrschaft des zivilen über den militärischen Bereich sichergestellt, sondern die Streitkräfte, vor allem die Armee, wurden gesamtgesellschaftlich mit Mißtrauen betrachtet und durch die politischen Entscheidungsträger nach dem Wunsch der überwältigenden Bevölkerungsmehrheit in äußerst engen Grenzen gehalten. Gegenüber dem unpopulären stehenden Heer wurde die demokratische Tradition der Volksmiliz bevorzugt, die das Rückgrad der amerikanischen Militärdoktrin bildete. Für Militarismus, ein starkes Berufsheer, oder gar das

Institut der allgemeinen Wehrpflicht war da kein Platz.

Diese krasse Gegenüberstellung der Entwicklungen in Europa, vor allem in Preußen-Deutschland, und in den USA ist jedoch verfehlt. Auf der einen Ebene werden hier nämlich gewissermaßen Vergleiche zwischen Äpfeln und Birnen angestellt, waren doch die sicherheitspolitischen Voraussetzungen für die USA und für die kontinentaleuropäischen Staaten lange Zeit gänzlich unterschiedlich. Über weite Strecken des 19. Jahrhunderts befanden sich die USA in der glücklichen Lage, keiner existenzgefährdenden strategischen Bedrohung ausgesetzt zu sein. Die Wahrscheinlichkeit einer großangelegten Invasion durch eine feindliche Macht war äußerst gering. Lange Zeit konnten sich die USA deshalb den Luxus erlauben, ihr Militärsystem zu vernachlässigen. Die wenigen Kriege, in die die USA bis 1861 verwickelt wurden, waren relativ marginaler Natur, auch wenn, wie noch zu zeigen sein wird, hier bereits durch militärische Sachzwänge Tendenzen zur Straffung des Militärsystems ausgelöst wurden. Im Vergleich dazu sahen sich die meisten europäischen Staaten im Verlauf des 19. Jahrhunderts einem erheblichen größeren militärischen Druck von außen ausgesetzt. Die gewaltigen "Französischen Kriege" zwischen 1792 und 1815 zwangen viele von ihnen, beim Ausbau ihrer militärischen Schlagkraft bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit von Staat und Gesellschaft zu gehen. In der mehr als drei Jahrzehnte währenden Friedensperiode nach Waterloo haben dann allerdings die europäischen Staaten ähnlich wie die USA die militärischen Zügel schleifen lassen. In den 1850er Jahren begann jedoch wieder eine Spannungsphase, die sich in mehreren Kriegen entlud und zu einem immer schärferen Rüstungswettlauf führte, der bis zum Ersten Weltkrieg anhielt. Europa war sozusagen zur Normalität zurückgekehrt.

Daß die USA diesen "Normalzustand" lange Zeit vermeiden konnten, war zweifellos ein Sonderfall, der jeden Vergleich problematisch macht. Und dennoch waren die Entwicklungsstränge keineswegs so unterschiedlich, wie sie auf den ersten Blick erscheinen. Bei vergleichbaren Bedrohungsszenarios waren nämlich die militärpolitischen Vorgehensweisen in den USA und Europa keineswegs grundsätzlich andersgeartet. Dies verdeutlicht allein die Tatsache, daß sich die USA in beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts gezwungen sahen, kontinentaleuropäische Muster durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zu kopieren. Die Weltkriege waren die Endpunkte einer im Grunde konvergierenden Entwicklung in der modernen Geschichte westlicher Kriegführung, die im ausgehenden 18. Jahrhundert ihren Anfang nahm und mit dem Abwurf der Atombombe über Hiroshima einen gewissen Abschluß fand. Es ist die Geschichte der zweiten militärischen Revolution in der Moderne und ihrer Folgen. Auf dieser Ebene betrachtet waren die militärpolitischen Vorgänge in

den USA nur ein Spezialfall innerhalb einer Gesamtentwicklung, die Europa und Nordamerika, wenn auch im Detail unterschiedlich, so doch generell gemeinsam betraf. Ja, an entscheidenden Punkten gab es sogar wechselseitige Beeinflussungen, die die Bedeutung des Sonderfalls USA erheblich relativieren.

Die erste militärische Revolution im modernen Europa hatte seit dem 16. Jahrhundert ein enormes Machtpotential entstehen lassen, das die europäische Expansion ermöglichte und förderte. In Europa selbst aber ging es seit dem 17. Jahrhundert immer mehr um die Frage, ob es dem sich herausbildenden modernen Staat gelingen würde, mit Hilfe seiner militärischen Machtmittel die Durchsetzung des Gewaltmonopols zu erzwingen. Die Schaffung stehender Heere auf der Grundlage halbwegs gesicherter Staatseinnahmen durch absolutistische Regimes war die Folge. Dabei entstanden vor allem im Verlauf des 18. Jahrhunderts von der Gesellschaft weitgehend abgeschottete Berufsarmeen, die ausschließlich dem Befehl ihres Monarchen gehorchten. Die zivile Gesellschaft, vor allem das Bürgertum, wurde von der Partizipation am militärischen Apparat tendenziell ausgeschlossen und auf das Zahlen von Steuern zu dessen Finanzierung beschränkt. Im Kriegsfall war Ruhe tatsächlich die erste Bürgerpflicht, wie der Berliner Polizeipräsident v. Jagow es nach der preußischen Niederlage bei Jena und Auerstedt gegen Napoleon im Jahre 1806 formuliert hatte.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts begannen die Bürger jedoch pflichtvergessen zu werden. Es waren zunächst die amerikanischen Kolonisten, die sich gegen ihren Monarchen erhoben. Als es darüber zum Krieg kam, sahen sie sich gezwungen, zum Mittel der militärischen Selbstmobilisierung zu greifen. Dies war ein ungeheurerlicher Akt, zumal es den improvisierten Truppen der Kolonisten offenbar gelang, gegen die regulären Söldnerarmeen des Königs zu bestehen. Die politische Revolution war mit einer militärischen Revolution verbunden worden. Schon Zeitgenossen wie der amerikanische Politiker und Publizist David Ramsay sprachen von "people's war", um den neuartigen Charakter des Krieges zu beschreiben. Tatsächlich leitete die zweite militärische Revolution das Zeitalter des Volkskrieges ein, in dem die Bewaffnung immer größerer Teile des Volkes zur Waffe wurde, die Tendenz zur Mobilisierung der gesamten Gesellschaft für den Krieg entstand und die Grenzen zwischen Zivil und Militär zu fließen begannen.

Im Zuge der "Atlantic Revolution" griffen nicht nur die demokratischen Ideen des neuen Amerika schon bald auf Europa über. Auch die Prinzipien der militärischen Revolution setzten sich in Europa durch. Ab 1792 führten sie in Frankreich sogar zu ganz neuen Dimensionen der Kriegführung. Auch hier stand die

militärische Selbstmobilisierung des Volkes zur Abwehr einer Invasion durch Berufarmeen am Anfang. Wie in Amerika wurden dabei zwischen 1792 und 1794 freiwillige Milizen, die wie reguläre Einheiten eingesetzt werden konnten, zur Grundlage der nationalen Verteidigung. Der große Theoretiker des Krieges Carl von Clausewitz schrieb später in einer Mischung aus Erschrecken und Bewunderung:

“ Der Krieg war plötzlich wieder eine Sache des Volkes geworden, und zwar eines Volkes von 30 Millionen, die sich alle als Staatsbürger betrachteten.”

Doch als der militärische Elan der Massen nachließ und die mangelnde Effizienz der Volksarmeen allzu deutlich geworden war, griffen die Jakobiner zum Mittel der Zwangsmobilisierung von oben. Die allgemeine Wehrpflicht, ja sogar die Idee der totalen Dienstpflicht für alle Mitglieder der Gesellschaft wurde geboren. Der von oben gelenkte Volkskrieg zur Nationenbildung, mit all seinen Tendenzen zur Ausweitung der Gewalttätigkeit und zur Radikalisierung der Kampfhandlungen, hatte aus der Sicht der Machthaber zudem den Vorteil, dem gefährlichen Phänomen der militärischen Selbstmobilisierung die Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols entgegenzustellen, allerdings gleichsam auf einer höheren Stufe. Napoleon machte in der Folgezeit von diesem neuen Machtinstrument ausgiebig Gebrauch.

Für unseren Zusammenhang gilt es dabei festzuhalten, daß das Prinzip der Volksbewaffnung unter dem Druck eines großen Krieges sich auf die Dauer nicht auf der Grundlage von Selbstmobilisierung und improvisierten Milizen durchhalten ließ. Gerade das französische Beispiel demonstrierte die offenbar unabdingbare Notwendigkeit, in langwierigen und harten militärischen Auseinandersetzungen zur Einführung von Zwangsmaßnahmen zu greifen, um eine organisierte Fortführung des regulären Krieges zu ermöglichen. Wie zu zeigen sein wird, war dies ein Problem, dem sich auch die USA trotz aller libertären Traditionen ausgesetzt sahen.

Insgesamt brachten die “Französischen Kriege” drei Formen des Volkskrieges hervor:

1. Der Guerillakrieg. Dies war die reinste und radikalste Form des Volkskrieges, in der sich große Teile der Bevölkerung nach dem weitgehenden Zusammenbruch der staatlichen Ordnung selbst mobilisierten, um einen irregulären Kleinkrieg gegen eine feindliche Invasionsarmee zu führen. Der Spanische Aufstand ab 1808 lieferte hierfür das Paradebeispiel. Ähnliches ereignete sich in Kalabrien, in

Tirol und in Ansätzen in Rußland 1812. Doch wo die staatliche Ordnung noch existierte, wie in Österreich und Preußen, wurden zwar Überlegungen in diese Richtung angestellt, aber es ist interessant zu beobachten, daß die Behörden sich im Endeffekt hüteten, zu einem Mittel zu greifen, welches der Kontrolle entgleiten konnte und damit das staatliche Gewaltmonopol untergraben hätte. In Preußen schufen die Reformer stattdessen eine disziplinierte Volksarmee mit Hilfe von Freiwilligenverbänden und der allgemeinen Wehrpflicht.

2. Der Krieg mit Milizarmeen. Hier verband sich das Freiwilligkeitsprinzip mit staatlicher Lenkung, um mit zahlenmäßig relativ starken Armeen möglichst unter professioneller Führung einen regulären Krieg zu führen. In den beiden ersten Kriegsjahren ab 1792 bediente sich das Revolutionäre Frankreich dieses Systems. Doch erwies sich diese Maßregel auf Dauer als unzureichend.

3. Der Krieg mit Wehrpflichtigenarmeen. Hierbei handelte es sich um den Versuch, die Mobilisierung des Volkes von oben her unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen zu kanalisieren, zu organisieren und zu kontrollieren. Die Jakobiner, Napoleon und schließlich Preußen beschritten diesen Weg.

Diese Formen des Volkskrieges bestimmten in den USA wie auch in Europa grundsätzlich die militärpolitische Entwicklung im 19. Jahrhundert, sobald es zu größeren militärischen Auseinandersetzungen kam. Dabei war allerdings der Guerillakrieg mit seinen staatsgefährdenden Tendenzen keine wünschenswerte Option. Wenn es um die organisierte Mobilisierung der Volksmassen für Kriegsvorbereitung und Krieg ging, drehte sich die Diskussion vielmehr fast immer um die beiden Alternativen freiwillige Milizverbände oder allgemeine Wehrpflicht.

Auf der anderen Seite darf jedoch nicht übersehen werden, daß der Volkskrieg nur das äußerste Extrem militärischer Gewaltentfaltung darstellte. Vor allem in den ersten drei Jahrzehnten nach 1815 war schließlich keineswegs klar, ob sich die Katastrophe der "Französischen Kriege" in dieser Form noch einmal wiederholen würde. Nur wenige Militärfachleute und noch weniger Politiker besaßen die Weitsicht eines Carl von Clausewitz, der davor warnte, daß die Regierungen in zukünftigen Waffengängen wohl kaum auf das neue Mittel des Volkskrieges verzichten würden. Tatsächlich behielt in dieser Phase nur Preußen das einmal entwickelte System der allgemeinen Wehrpflicht wenigstens grundsätzlich bei. In den anderen Staaten Europas dominierte mehr oder weniger das traditionelle System des stehenden Berufsheers. Nur vor diesem Hintergrund wird der Verlauf der militärpolitischen Diskussion in den USA vom Unabhängigkeitskrieg bis Anfang der 1860er Jahre verständlich. Es ging immer

noch um die Frage, ob eine libertäre Gesellschaft eine stehende Berufsarmee verkraften mußte oder ob sie es sich leisten konnte, auf das traditionelle Gegenmodell der Milizen zu vertrauen. Aber nur gelegentlich, in Zeiten größerer sicherheitspolitischer Bedrohung, flammte die Debatte über den Volkskrieg und dessen wünschenswerteste Organisationsform auf.

Zwischen 1861 und 1865 jedoch erhielt diese Debatte eine nie dagewesene Dringlichkeit, als die Amerikaner zum ersten Mal in ihrer Geschichte einem militärisch gleichwertigen Gegner gegenüberstanden, der die politische Existenzfrage stellte - nämlich Amerikanern. Im Bürgerkrieg zeigte sich, wie weit die militärpolitische Entwicklung des 19. Jahrhunderts in Wirklichkeit gediehen war. Der nunmehr industrialisierte Volkskrieg hob die Debatte auf eine neue Ebene, die den langfristigen Folgen der zweiten militärischen Revolution viel eher gerecht wurde als die jahrzehntelange Auseinandersetzung über Rolle und Größe der Berufsarmee. Das Ergebnis war die wie auch immer begrenzte Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auf beiden Seiten. Damit wurde ein Präzedenzfall geschaffen, der die Voraussetzung für den späteren Aufstieg der USA zur militärischen Großmacht bildete. Treffend kommentierte Friedrich Engels diesen Vorgang, als er an den mit ihm befreundeten Nordstaaten-Oberst Joseph Weydemeyer schrieb:

“ Solch ein Volkskrieg, auf beiden Seiten, ist noch nie dagewesen, seitem große Staaten bestehen, und er wird jedenfalls der Zukunft von ganz Amerika auf Hunderte von Jahren hinaus die Richtung anweisen.”

In den Jahrzehnten von 1865 bis 1917 wandten sich die USA zwar noch einmal von den militärpolitischen Erfahrungen des Bürgerkriegs ab. Doch das Menetekel des industrialisierten Volkskriegs und der damit verbundenen militärischen Sachzwänge zur Massenmobilisierung blieb bestehen. Jeder zukünftige Großkrieg konnte dieselbe Richtung einschlagen, wie schon wenige Jahre nach 1865 der Deutsch-Französische Krieg zumindest ansatzweise zeigte. Der Entwicklungsstand der Produktivkräfte, die zunehmende Partizipation der breiten Bevölkerungsmassen am politischen Geschehen und die militärischen Möglichkeiten der Massenmobilisierung führten zu einer Entgrenzung des Krieges, die kaum noch aufzuhalten war. Die zweite militärische Revolution kam nun endgültig zum Durchbruch, wobei die einsetzende Industrialisierung ihr eine neue Intensität verlieh.

Der Spannungsbogen zwischen dem Unabhängigkeitskrieg und dem Bürgerkrieg verlieh der militärpolitischen Debatte des 19. Jahrhunderts ihre eigentliche Bedeutung. Sie soll im folgenden umrißartig dargestellt werden. Daß die

Entwicklungen in den USA dabei nur Teil des grundlegenden militärischen Wandlungsprozesses in der westlichen Welt waren, darf jedoch an keiner Stelle vergessen werden.

2. Der Unabhängigkeitskrieg und die Anfänge der militärpolitischen Debatte.

Die ursprüngliche amerikanischen Militärtradition, die die vorherrschende politische Meinung im 19. Jahrhundert maßgeblich beeinflusste, stammte aus dem englischen Mutterland. Lokale Milizen, die sich in einer Mischform von Wehrpflicht und Freiwilligkeitsprinzip rekrutierten, bildeten dort seit Jahrhunderten die Basis bürgerlicher und bäuerlicher Verteidigungsbereitschaft. Im 17. Jahrhundert hatten Bürgerkrieg und Revolution diese Milizen zu neuem Leben erweckt und sie zu einem libertären Gegenmodell zu den stehenden Armeen der Krone und Cromwells aufgewertet. Die Erfahrungen jener Zeit übertrugen sich auch auf die Kolonisten in Nordamerika, die aus England ein tiefes Mißtrauen gegenüber den Verselbständigungstendenzen von Berufssoldaten übernahmen. Die schon frühzeitig relativ freiheitlich verfaßten Gemeinschaften der Siedler in der Neuen Welt, die häufig selbst als Dissidenten aus England geflohen waren, hatten mit Schrecken verfolgt, wie zuerst der König und dann der Diktator Cromwell das stehende Heer als innenpolitisches Unterdrückungsinstrument mißbrauchten. In Amerika sollte dafür kein Platz sein.

Von Anfang an organisierten die Siedler daher zu Verteidigungszwecken ihre eigenen Milizen, zumal die finanziellen Mittel zur Unterhaltung von Berufssoldaten lange Zeit nicht vorhanden waren. Mit der Ausnahme von Pennsylvania legten alle Kolonien ihren männlichen Bürgern die Verpflichtung zum Dienst in den Milizen auf, wobei dies in der Praxis meist nur für den Ernstfall galt. Training an der Waffe war selten und militärischer Drill fand überhaupt nicht statt. Stattdessen ging es recht demokratisch zu, zumal die Einheiten ihre Offiziere selbst wählten. Ein derartiges Militärsystem erwies sich auch als völlig ausreichend, solange allenfalls Kämpfe mit den Ureinwohnern und gelegentliche Scharmützel mit Spaniern und Franzosen zu bestehen waren.

Dieses System erhielt jedoch einen schweren Schock, als die englische Krone im Verlauf des Siebenjährigen Krieges über 11.000 Mann Berufssoldaten nach Nordamerika schickte, um die Armeen Frankreichs und seiner indianischen Verbündeten zu bekämpfen. Das arrogante Auftreten und die Rücksichtslosigkeit der "lobster backs" stießen bei den Kolonisten vielfach auf Ablehnung und lösten eine folgenreiche Debatte über die Gefahren von stehenden Heeren aus.

Doch es gab auch Gegenstimmen. So war der Pflanzer George Washington, der diesen Krieg als Oberst aus nächster Nähe erlebte, entsetzt von der militärischen Ineffizienz der aufgebottenen Siedlermilizen, die für einen ernsthaften Krieg nicht geeignet erschienen:

“... Militia, you will find, Sir, will never answer your expectations, no dependence is to be placed upon them; They are obstinate and perverse, they are often egged on by their Officers, who lead them to acts of disobedience, and when they are ordered to certain posts for the security of stores, of the protection of the Inhabitants, will, on a sudden, resolve to leave them , and the united vigilance of their officers can not prevent them.”

Dementsprechend beeindruckt war er von der Leistungsfähigkeit der britischen Berufssoldaten, die er seinen Milizen aus Virginia als leuchtendes Beispiel vorhielt. Mit seinen Forderungen nach einer effizienteren und disziplinierten Truppe vertrat Washington eine Minderheitsposition, die fortan in dauerndem Gegensatz zu den militärkritischen Argumenten der Mehrheit stand.

Dabei war es gerade die auch nach 1763 fortdauernde Anwesenheit der “red coats” in den Kolonien, die wesentlich zur Entfremdung der Kolonisten von der Krone und vom Mutterland beitrug. Patrioten wie Benjamin Franklin und Samuel Adams protestierten gegen die angeblich widerrechtliche Stationierung dieser Truppen, die der König ohne Befragung der Abgeordnetenvertretungen angeordnet hatte. Thomas Jefferson warf schließlich in seinem Entwurf für die Unabhängigkeitserklärung George III. persönlich vor, er habe wie ein Despot gehandelt, als er gegen den Widerstand der zivilen Institutionen in Amerika ein stehendes Heer stationierte. Daß die Kolonisten auch noch einen Teil der Stationierungskosten tragen mußten, hatte ein Übriges getan.

Der Versuch der Befreiung von den europäischen Militär- und Finanzpraktiken eröffnete jedoch keineswegs die Möglichkeit für eine friedliche Rückkehr zu den beschaulichen Zeiten des reinen Milizwesens. Im Gegenteil: Ab 1775 mußten die Amerikaner phasenweise geradezu verzweifelt um ihre Unabhängigkeit kämpfen. Dabei kam ihnen zwar zugute, daß die verbesserten Kommunikationswege, die wachsende Verbreitung von Zeitungen und das steigende politische Interesse großer Teile der Bevölkerung unter den Bedingungen des Krieges einen Modernisierungsschub im politischen Prozeß auslösten, der auf der Grundlage eines recht erheblichen Enthusiasmus für die eigene Sache, die Ad-hoc-Mobilisierung der Bürger für den ersten modernen Volkskrieg ermöglichte. Doch dies schuf noch keine dauerhafte oder gar leistungsfähige Armee für die

bevorstehenden langwierigen Kämpfe.

Am 14. und 15. Juni 1775 beschloß der Continental Congress die Aufstellung von zwanzig Kompanien, um die lokalen Milizen bei der Belagerung von Boston zu unterstützen. George Washington erhielt den Oberbefehl. Aber die militärkritischen Abgeordneten, die keinen neuen Cromwell wünschten, schränkten Washingtons Kompetenzen von vornherein stark ein. Er durfte keine Generale ernennen und wurde auch sonst einer strengen Kontrolle durch den Kongreß unterstellt. Immerhin, die US-Armee war geboren.

Doch bei seiner Ankunft in Boston mußte Washington empört feststellen, daß seine recht zahlreiche Truppe zwar gut motiviert, aber jämmerlich ausgebildet und bewaffnet war. Zwar gelang es ihm in den folgenden Monaten, aus diesem Haufen eine relativ kampfstärke Armee zu formen. Aber schon bald trat ein neues Problem auf. Zum Jahresende nämlich lief die Dienstzeit der Freiwilligen aus und die Armee löste sich bis auf die lokalen Milizen weitgehend auf. Washington verlangte vom Kongreß die Bereitstellung von weiteren 20.000 Mann, doch er erhielt nur einen Teil dieser Forderung. Hinzu kam, daß bei Fortdauer des Krieges der Enthusiasmus der Bevölkerung für den Dienst an der Waffe spürbar erlahmte. Immer weniger Männer meldeten sich freiwillig, während die Zahl der Desertionen zunahm. Obendrein erwiesen sich viele der Amateuroffiziere als unfähig, ihre Truppenverbände zu führen. Die Folge war eine Serie von Niederlagen, die Washington erst durch sein gewagtes Unternehmen am Delaware Fluß zu Weihnachten 1776 stoppen konnte.

Der Kongreß bemühte sich zwar nunmehr, Washington zu helfen und versprach jedem Mann, der sich für die Kriegsdauer verpflichtete, \$ 20,- und 100 Acres Land. Aber die Zahl der Freiwilligmeldungen hielt sich nach wie vor in engen Grenzen. Washingtons Continental Army blieb daher eine relativ schwache Korsettstange, umgeben von unzuverlässigen und ineffizienten Milizen.

Unter diesen Umständen schlug Washington vor, das wenig hilfreiche Freiwilligkeitsprinzip aufzugeben. Anfang 1778 schrieb er an den Kongreß:

“Voluntary enlistments seem to be entirely out of the question, all the allurements of the most exorbitant bounties and every other inducement that could be thought of, have been tried in vain, and seem to have had little other effect than to increase the rapacity and raise the demands of those to whom they were held out. We may fairly infer, that the country has been already pretty well drained of that class of Men whose tempers, attachments and circumstances disposed them to enter permanently, or

for length of time into the army...”

Washington ging allerdings nicht so weit, die Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht zu verlangen. Er forderte nur feste Quoten, nach denen die Staaten auf der Grundlage ihres Milizsystems Truppen stellen sollten. Auch daraus wurde nichts, weil die schon jetzt eifersüchtig auf ihre Privilegien pochenden Einzelstaaten zu keiner Kooperation bereit waren. Aber es bleibt der erstaunliche Umstand festzuhalten, daß im Augenblick der militärischen Not auch der oberste amerikanische Feldherr des Unabhängigkeitskrieges bereits mit dem Gedanken der Zwangsrekrutierung spielte. Schon der erste Ansatz eines Volkskrieges brachte also derartige Tendenzen hervor.

Daß es trotz all der ärgerlichen Auseinandersetzungen mit dem Kongreß und den Einzelstaaten im Endeffekt doch noch zum Sieg reichte, hatte Washington sicherlich zu einem großen Teil der Tatsache zu verdanken, in der Schlußphase plötzlich die Unterstützung durch reguläre, gut disziplinierte und gut bewaffnete Truppen erhalten zu haben. Es handelte sich jedoch um französische Einheiten, die die britische Kapitulation von Yorktown zu erzwingen halfen. Dies und all die anderen Erfahrungen aus dem Krieg ließen bei Washington die Überzeugung reifen, daß allein eine kräftige Berufsarmee die Sicherheit der neu gewonnenen Freiheit in Zukunft garantieren konnte. So schrieb er kurz nach Kriegsende:

“Regular Troops alone are equal to the exigencies of modern war, as well for defence as for offence ... No Militia will ever acquire the habits necessary to resist a regular force ... The firmness requisite for the real business of fighting is only to be attained by a constant course of discipline and service. I have never yet been witness to a single instance that would justify a different opinion ...”

Doch dieser rein militärisch bestimmten Sichtweise stand die Auffassung von Politikern wie Samuel Adams gegenüber:

“... standing army, however necessary it may be at sometimes, is always dangerous to the liberties of the people. Soldiers are apt to consider themselves as a body distinct from the rest of the citizens. They have their arms always in their hands. Their rules and their discipline is severe. They soon become attached to their officers and disposed to yield implicit obedience to their commands. Such a power should be watched with a jealous eye.”

Damit wurde ein Meinungsstreit eingeleitet, der militärisches Effizienzdenken

gegen den Wunsch nach Freiheit von jeder Tyrannei, und sei es der des eigenen Militärs, stellte. Dabei konnte sich letztere Position darauf berufen, daß man schließlich den Unabhängigkeitskrieg geführt hatte, um sich der Last des stehenden britischen Heeres zu entledigen. Die Frage des stehenden Heeres war somit ein Grundsatzproblem, das alle anderen militärpolitischen Themen, insbesondere die Rekrutierung von Massenarmeen für den Volkskrieg etwa im Zuge einer Wehrpflicht, schnell überlagerte.

Zunächst einmal aber kam für Washingtons Continental Army das überstürzte Aus. Nach Meutereien und Unruhen, die zwischenzeitlich sogar den Kongreß zwangen, Philadelphia fluchtartig zu verlassen, wurde die Truppe im Juni 1783 bis auf winzige Restbestände aufgelöst. Das Grundsatzproblem war damit jedoch nicht gelöst.

Dementsprechend heftig entwickelte sich die Debatte um Militärfragen im Umfeld der Verfassung von 1787. Vor allem aus den Einzelstaaten kam wiederholt die Forderung, die Existenz einer stehenden Armee überhaupt für verfassungswidrig zu erklären. Überdies standen viele Staaten jeglicher Tendenz, dem Präsidenten und dem Kongreß wenigstens minimale Einflußrechte auf die Milizen und deren Finanzierung einzuräumen, äußerst kritisch gegenüber. So protestierte Patrick Henry aus Virginia:

“ Congress by the power of taxation, by that of raising an army, and by their control over the militia, have the sword in one hand and the purse in the other. Shall we be safe without either? Congress have an unlimited power over both; they are entirely given up by us. Let him candidly tell me where and when did a freedom exist when the sword and the purse were given up from the people? Unless a miracle in human affairs interposed, no nation ever retained its liberty after the loss of the sword and the purse.”

Viel Demagogie war dabei im Spiel, gerade auch wenn Washington und anderen die Absicht unterstellt wurde, einen Militärputsch mit dem Ziel der Errichtung einer Monarchie zu planen. Interessant war aber auch, daß die Gegner einer stehenden Armee an dem Mythos zu basteln begannen, die amerikanischen Volksmilizen hätten die britischen Berufssoldaten gewissermaßen im Alleingang geschlagen.

Gegen solche Argumente protestierte nicht nur George Washington. Alexander Hamilton schrieb 1787/88 eine Reihe von Artikeln für die Federalist Papers, in der er gerade das Versagen der Milizen im Unabhängigkeitskrieg hervorhob und

die Aufstellung eines begrenzten stehenden Heeres zum Schutz der Nation für unabdingbar erklärte. Hamilton und der ihn unterstützende John Adams mußten allerdings für derartige Vorstellungen viel Schelte einstecken.

Das Ergebnis war ein für die amerikanische Politik typischer Kompromiß. Auch in Militärfragen setzte sich das Verfassungsprinzip der “checks and balances” durch. Der Kongreß sicherte sich die ausschließlichen Rechte bei der Erklärung des Kriegszustandes, sowie die Möglichkeit, im Ernstfall eine große Armee aufzustellen und dabei auch die Kontrolle über die Milizen der Einzelstaaten zu übernehmen. Die Finanzierung der Bundestruppen war ebenfalls Sache der Legislative. Demgegenüber wurde der Präsident zum Oberkommandierenden der Streitkräfte berufen und erhielt das Recht, die Offiziere der Bundestruppen zu ernennen. Die Staaten behielten jedoch in Friedenszeiten die Kontrolle über ihre Milizen und konnten dort die Offiziersstellen besetzen.

Damit stand fest, daß die Streikräfte einer strengen Oberaufsicht durch die zivilen Institutionen unterstellt wurden. Überdies aber entstand nun ein duales Militärsystem, das die stehende Bundesarmee neben die Milizen der Staaten stellte. Dementsprechend beschloß der Kongreß im Jahre 1790, eine stehende Armee von 1.216 Mann aufzustellen, die schon bald gemeinsam mit lokalen Milizen gegen die Ureinwohner im Westen kämpfte.

Die militärische Effizienz der Milizen blieb jedoch ein Dauerproblem. Schon 1783/84 hatten Washington und vor allem Steuben versucht, eine einheitliche Regelung für Rekrutierung, Bewaffnung und Ausbildung dieser Truppen durchzusetzen. Aber die Staaten wehrten sich gegen jede Einflußnahme von außen. Im Mai 1792 verabschiedete schließlich der Kongreß ein Gesetz über die Milizen, das den bestehenden Zustand auf Dauer festschrieb. Die Staaten behielten die alleinige Kontrolle über ihre Truppen in Friedenszeiten. Ausbildungszeiten und -methoden wurden nicht festgelegt. Alle erwachsenen Männer blieben prinzipiell dienstpflchtig, ohne daß die jüngeren Jahrgänge zu kampfkraftigeren Verbänden zusammengefaßt wurden. Jeder Milizionär blieb verpflichtet, für seine persönliche Bewaffnung selbst zu sorgen. So entwickelten die Milizen sich weiter zu Lokaltruppen höchst unterschiedlicher Qualität. Sie wählten ihre niedrigeren Offiziere selbst, während die höheren durch die staatlichen Behörden, meist auf der Grundlage von politischen Beziehungen ernannt wurden.

Der militärische Wert dieser Truppen war dementsprechend mehr als fragwürdig. Doch alle Versuche der Präsidenten Jefferson und Madison, in den folgenden Jahren Reformen durchzusetzen, scheiterten am Widerstand lokaler und

regionaler Interessen.

3. Zwischen organisatorischem Chaos und militärischer Improvisation, 1812-1860.

Schwächen und Stärken des amerikanischen Militärsystems wurden schon bald getestet, als die USA im Jahre 1812 in einen erneuten Krieg mit Großbritannien gerieten. Dieser Konflikt war ein Teil des Weltkrieges, zu dem sich die "Französischen Kriege" seit 1792 entwickelt hatten. Obwohl die USA den Konflikt mit Großbritannien selbst provoziert hatten, nicht zuletzt um endgültig die Vorherrschaft auf dem nordamerikanischen Kontinent zu erobern, waren sie für den Waffengang schlecht gerüstet. Die reguläre Bundesarmee verfügte nur über knapp 7.000 schlecht ausgerüstete und noch schlechter geführte Soldaten, die über das ganze Land verteilt waren. Präsident Madison setzte zwar beim Kongreß eine Verstärkung dieser Truppe auf 10.000 Mann durch und forderte zusätzlich 50.000 Freiwillige an. Doch bis zum Jahresende 1812 meldeten sich trotz finanzieller Anreize nur ganze 15.000 Mann. Die Milizen der Staaten erwiesen sich erneut als wenig brauchbar, zumal der Krieg in Neu-England sehr unpopulär war und von dort kaum Truppen zur Verfügung gestellt wurden. Vor allem bei Offensivoperationen entlang der Grenze zu Britisch Amerika (Kanada) stellten die Milizen ihre Unzuverlässigkeit unter Beweis, da sie sich häufig weigerten, auf feindliches Territorium vorzurücken. Das Resultat war eine Serie von Niederlagen, die schließlich im Jahre 1814 in der Besetzung und Zerstörung von Washington, D.C. durch britische Truppen gipfelte.

Es war aber gerade die erneute britische Invasion, die die Wende brachte. In Scharen meldeten sich Freiwillige, um die Heimat zu verteidigen. Die Armee konnte somit auf eine Stärke von 70.000 Mann (inklusive 35.000 Mann Bundesarmee) gebracht werden. Hinzu kamen Zehntausende von Milizionären. Auch das Offizierkorps erhielt jetzt Zulauf von fähigen Männern. Damit zeigte sich, daß die Kampfbereitschaft der amerikanischen Nation in Moment des Verteidigungsnotstandes zu erstaunlichen Mobilisierungseffekten imstande war. Der Geist des Volkskrieges war noch nicht gestorben. Dennoch hatte Madison auf dem Höhepunkt der Krise ernsthaft die Einführung der Wehrpflicht erwogen und der Kongreß hatte sogar die Zwangsrekrutierung von 80.000 Mann bereits beschlossen. Doch diese Maßnahmen kamen nicht mehr zur Ausführung, weil der Krieg noch im selben Jahr endete.

Erneut wurden die Lehren aus dem Krieg verdrängt. Daß die USA am Rande des Übergangs zum von oben zwangsweise organisierten Volkskrieg gestanden hatten, wurde ebenso schnell vergessen wie das Versagen der Milizen.

Stattdessen war neues Material für den Mythos von der Überlegenheit des amerikanischen Bürgersoldaten über den europäischen Söldner geliefert worden. Am 8. Januar 1815 - die Beteiligten wußten noch nichts vom Friedensschluß in Ghent - hatte vor New Orleans eine tragikkomische Schlacht stattgefunden. In einem katastrophal schlecht geführten Angriff verlor dabei Sir Edward Pakenham, der Schwiegersohn des Duke of Wellington, 3.300 Mann und das eigene Leben. Die zusammengetrommelten amerikanischen Milizen unter General Andrew Jackson hatten demgegenüber nur 50 Tote zu beklagen. Bedurfte es noch eines besseren Beweises für die Kraft des libertären Militärsystems der USA?

Dennoch wurde wenigstens die Berufsarmee nunmehr auf eine stabile Grundlage gestellt. Vor allem Kriegsminister John C. Calhoun machte sich ab 1817 für den Aufbau einer Kaderarmee stark, die angesichts der wenig brauchbaren Milizen im Kriegsfall den Kern für eine kampfstärke Truppe bilden sollte. Der Kongreß war dazu zwar nicht bereit und reduzierte die stehende Armee stattdessen allmählich auf 6.000 Mann, doch der Grundbestand blieb erhalten.

Der Streit um das stehende Heer konzentrierte sich stattdessen zunehmend auf die schon unter Jefferson gegründete Militärakademie West Point. Daß dort exzellente praktische und theoretische Arbeit bei der Ausbildung des kleinen Berufsoffizierskorps geleistet wurde, rief nicht etwa Bewunderung sondern wachsende Kritik hervor. Vor allem in den 1830er Jahren, unter dem Demokratischen Präsidenten Andrew Jackson, häuften sich die Attacken auf West Point. Der Kongreß und mehrere Parlamente der Einzelstaaten bezeichneten die Akademie als Geldverschwendung, die obendrein eine Brutstätte des Militarismus und damit eine Gefahr für das Gemeinwesen darstelle. Mehrfach wurde von Abschaffung gesprochen. Doch dazu kam es dann doch nicht.

Aber die Moral der jungen Offiziersanwärter und ihrer Lehrer wurde dadurch nicht gerade gestärkt. Hinzu kamen ja dauernde Angriffe auf das gesellschaftliche Ansehen der Berufssoldaten. Im Jahre 1839 ging ausgerechnet der ehemalige Kriegsminister Benjamin F. Butler sogar soweit, in einer Rede an der Akademie folgendes zu bemerken:

“The genius of our political institutions and the settled convictions of our people, forbid the maintenance among us, of large standing armies ... as productive of needless expenditure; injurious to the habits and morals of the people; and dangerous to public liberty.”

Bezahlung, Berufsaussichten und Lebensbedingungen der Offiziere entsprachen denn auch dem Grad ihrer gesellschaftlichen Anerkennung, der sich auch darin ausdrückte, daß Offiziere ihre Uniform nur ungern in der Öffentlichkeit trugen. So erhielt ein Leutnant nur \$ 25,- Sold im Monat - wesentlich weniger als etwa ein Eisenbahningenieur. Es gab keine Pensionen, und Beförderungen ergingen allein nach Anciennität. Die Ernennung zum Hauptmann erfolgte häufig erst im Alter von 56 Jahren! Bei der Besetzung von höheren Rängen wurden den West-Point-Absolventen zudem immer wieder Amateure mit guten politischen Beziehungen vorgezogen. Obendrein wurden die Soldaten geradezu physisch von der Gesellschaft isoliert, da sie ihren eintönigen Dienst zumeist in entlegenen Forts im Westen verrichten mußten. Viele junge Männer betrachteten ihre Ausbildung in West Point daher nur als Durchgangsstation zu einem zivilen Beruf und nahmen frühzeitig ihren Abschied.

Noch finsterer war die Lage für die einfachen Soldaten. Auch wenn sie sich für mehr als die üblichen drei Jahre verpflichteten, blieb ihr Gehalt sehr mager. Bis 1833 erhielten sie \$ 5,- im Monat, danach \$ 6,- und ab 1854 \$ 10,-. Immerhin erhielten sie freie medizinische Versorgung und Unterkunft. Obendrein war ihr Job sicher. Aber viele Soldaten hielten die oft harschen Dienstbedingungen nicht aus. Die Desertionsrate war dementsprechend hoch (25-33 %), worauf die Armee mit drakonischen Strafen reagierte. Bis 1861 standen Auspeitschen und Brandmarken auf unerlaubte Entfernung von der Truppe.

Unter diesen Bedingungen wäre es zu erwarten gewesen, daß die Masse der Soldaten sich aus den untersten Bevölkerungsschichten rekrutiert hätte. Teilweise war dies auch der Fall. Doch das generelle Bildungsniveau der Truppe war erstaunlich hoch, weil sich viele Drop-Outs aus den bürgerlichen Mittelschichten verpflichteten - unter ihnen ein gewisser Edgar Allan Poe. Vor allem aber waren die USA ein Einwanderungsland, und die Armee bot mittellosen Immigranten ein Eingangstor in die amerikanische Gesellschaft. Bis zu 50% der Berufssoldaten waren daher Ausländer, die häufig noch nicht einmal Englisch sprachen. Die größte Gruppe unter den eingewanderten Soldaten bildeten die Iren, gefolgt von Deutschen, Engländern und Polen. So war die US-Armee beinahe eine Art Fremdenlegion, in der Alkoholismus und Gewalttätigkeiten an der Tagesordnung waren.

Während die stehende Armee stagnierte, verfiel das Milizsystem der Einzelstaaten. Das Scheitern der Reformversuche auf Bundesebene führte zum unaufhaltsamen Niedergang der Bürgerarmeen. Es waren häufig nur noch die Armen, die überhaupt zu den unregelmäßigen Musterungen erschienen. Die Wohlhabenden, wenn sie nicht gänzlich freigestellt waren, bezahlten einfach die

Strafe für Fernbleiben. Da die Soldaten für ihre eigenen Waffen sorgen mußten, erschienen viele von ihnen unter diesen Umständen mit funktionsuntüchtigen Schießprügeln, alten Äxten, oder gar nur mit Knüppeln. Angesichts der offensichtlichen Ungerechtigkeit bei der Ableistung des Dienstes gingen fast alle Staaten schließlich dazu über, die Bußgelder für Fernbleiben abzuschaffen. Die Milizen standen danach nur noch auf dem Papier und wurden von den Militärbehörden zunehmend ignoriert. Die traditionelle Idee der gemeinschaftlich organisierten und gleichwohl eigenverantwortlichen Nation in Waffen war damit weitgehend gestorben.

Aber der Bürgersoldat existierte weiter. In allen Staaten gab es nämlich Freiwilligenmilizen, in denen zu dienen eine Ehre war. Es handelte sich hierbei um eine Art Schützengilden, die auf eine gewisse soziale Exklusivität achteten und deshalb bei den wohlhabenden Männern der Gesellschaft sehr beliebt waren. Die Mitgliedschaft war teuer, zumal die phantasievollen Uniformen viel Geld kosteten. Offiziere und Unteroffiziere wurden gewählt, wobei die Wahl natürlich als soziale Auszeichnung galt. Diese Vorläufer von Sportklubs und Collegevereinigungen verbanden Bürgersinn und Patriotismus mit romantischen Vorstellungen von Ehre, Ritterlichkeit, Männlichkeit und Mut. Sie repräsentierten den immer noch vorhandenen Kampfgeist in der amerikanischen Gesellschaft. Der militärische Wert dieser Einheiten war jedoch begrenzt. Immerhin verbreiteten sie ein Mindestmaß an militärischer Ausbildung und rückten zunehmend an die Stelle der traditionellen Milizen, wenn es darum ging, die Berufsarmee im Kriegsfall durch ein Bürgerheer zu verstärken.

Im organisatorischen Chaos des amerikanischen Militärsystems bildeten die Freiwilligenverbände die Grundlage zu Ad-hoc-Improvisationen für den Ernstfall. Dies demonstrierte der Raubkrieg gegen Mexiko 1846-48. So beschloß der Kongreß bei Kriegsausbruch, nicht nur die Berufsarmee von an die 8.000 Mann auf über 30.000 Mann zu verstärken, sondern warb um 50.000 Freiwillige, die für zwölf Monate dienen sollten. Wenn auch diese Zahlen erst allmählich erreicht wurden, so stellten doch in diesem Krieg die Freiwilligenverbände zum ersten Mal die Masse der Soldaten. Diesmal funktionierte sogar die militärische Integration halbwegs, wurden doch die Freiwilligen von den Berufssoldaten auf dem Marsch weiter ausgebildet. Auf der anderen Seite erwiesen sich die West-Point-Offiziere, unter ihnen Robert E. Lee und Ulysses S. Grant, als qualifizierte Unterführer. Oberst Jefferson Davis, der spätere Präsident der Konföderierten, führte erfolgreich seinen eigenen Freiwilligenverband, die "Mississippi Rifles". Gegen die militärisch allerdings sehr schlecht organisierten Mexikaner gelangen auf diese Weise glänzende Siege. Das amerikanische System schien sich bei all seinen Schwächen bewährt zu haben.

Doch der einige Jahre später ausbrechende Bürgerkrieg sollte beweisen, dass dieses System auf Dauer nicht geeignet war, einen Grosskrieg durchzufechten. Nach 1865 wurde diese Erfahrung aber erneut verdrängt. Die 1917 beim amerikanischen Kriegseintritt mobilisierte Wehrpflichtigenarmee von 5 Mio Mann, schien ebenfalls Episode zu bleiben. Sogar nach dem Zweiten Weltkrieg sollte die riesige Armee wie schon nach 1865 und nach 1918 weitgehend demobilisiert werden. Doch der Kalte Krieg liess den Übergang zur Massenarmee unumkehrbar erscheinen. Selbst wenn seit den 1970er Jahren die USA nunmehr über eine Berufsarmee verfügen, so war doch das libertäre Milizsystem der Bürgersoldaten endgültig erledigt. Übrig blieb die vom Pentagon kontrollierte Nationalgarde, die inzwischen sogar bei Auslandsabenteuern als Truppenreserve missbraucht wird. Damit ist der Staat inzwischen dem Schreckbild vom militaristischen Moloch, das einst Männer wie Samuels Adams an die Wand gemalt hatten, sehr nahe gekommen.